

# Relativitätstheorie

Text Thomas Lageder, Thomas.Lageder@Landtag.li

**In diesem Artikel soll es nicht darum gehen zu beweisen, dass  $E=mc^2$  ist und auch nicht darum zu argumentieren, dass sich das Universum immer schneller ausdehnt. Nein, es soll vielmehr beleuchtet werden, ob die Gleichung 100 Franken = 100 Franken stimmt.**

Auf den ersten Blick würde wohl jeder sagen, dass 100 Franken effektiv 100 Franken sind. So einfach ist es aber nicht, denn der Wert von 100 Franken für den einzelnen ist sehr relativ. Für eine Person, nennen wir sie Lukas, die 60'000 Franken im Jahr verdient, sind 100 Franken zwei Prozent des monatlich zur Verfügung stehenden Geldes. Hingegen für eine Person, die 200'000 Franken im Jahr verdient, nennen wir sie Rudolf, nur gerade 0.6 Prozent. Kein wesentlicher Unterschied würde man meinen. Nur muss die Person mit 60'000 Franken den selben Preis für Benzin, Brot oder das Bus-Abo bezahlen, wie die Person, der 200'000 Franken zur Verfügung stehen. Analoges gilt z.B. für die Krankenkassenprämien, die in Liechtenstein bekanntlich Kopfprämien sind. Will heissen, jede erwachsene Person, der keine Prämienverbilligung zusteht, bezahlt denselben Betrag. Waren dies 2014 noch 3552 Franken pro Jahr für die Grundversicherung, stiegen sie 2015 schon auf 3996 Franken. Auch diese Beträge sind gleich hoch, sie machen aber für Lukas ca. 6.5 Prozent seines Geldes aus, für Rudolf nur 2 Prozent. Im Verhältnis zu seinen Möglichkeiten, ist Lukas viel stärker belastet als Rudolf.

So weit ist das noch nicht grundsätzlich problematisch, wenn es einen Mechanismus gäbe, der Ungleichheiten in Talent, Anstrengung, Ausbildung, Fleiss und auch Glück abschwächen würde. Im Allgemeinen wird dies über Steuern gemacht, konkret über die sogenannte Progression. So legt das Steuergesetz fest, dass Lukas 3 Prozent an den Staat, also die Allgemeinheit, abgeben muss und Rudolf, der ja mehr Geld hat, 5 Prozent. So weit so gut. Nur funktioniert das nicht. Wie die Regierung im Bericht und Antrag 27/2015 aufgezeigt

hat und wie in der Studie «Mehr Netto vom Brutto» des Liechtenstein Instituts bestätigt wurde, haben alle Personen in Liechtenstein nach Steuern und Abgaben ungefähr 75 Prozent ihres Geldes für ihre Ausgaben zur Verfügung. Durch verschiedene Abzugsmöglichkeiten und Effekte im Steuergesetz funktioniert die Progression in Liechtenstein nicht. Prozentual werden alle Steuerzahler gleich belastet. Viele würden nun sagen, dass das fair ist. Nein, ist es nicht! Artikel 24 der Verfassung hält sinngemäss fest, dass finanziell Bessergestellte stärker für die Bereitstellung der staatlichen Dienstleistungen und Institutionen belastet werden sollen. Wer mehr hat, muss und kann auch etwas mehr abgeben. Um beim Beispiel von Lukas und Rudolf zu bleiben, hat Lukas heute 45'000 Franken zu seiner Verfügung, Rudolf 150'000 Franken, beide also 75 Prozent. Es wäre also zumutbar, dass Rudolf weitere 10'000 Franken beisteuert und Lukas dafür 2'000 Franken weniger bezahlen müsste. Für Lukas wären diese 2'000 Franken sehr willkommen, denn er muss sein ganzes Geld für seinen Lebensunterhalt ausgeben. Rudolf hat da sicher mehr «Spatzig».

Gleiches gilt für die Krankenkassenprämien. Jede Erhöhung, aus welchem Grund auch immer, trifft Lukas viel stärker als Rudolf. Auch die ab 2017 wählbare Franchise bis zu 3500 Franken machen Lukas viel mehr Sorgen als Rudolf, schlicht, weil er wesentlich weniger Geld zur Verfügung hat. Im Gegenteil für Rudolf sind Kopfprämien super, denn er hat wie Lukas nur einen Kopf. Die Last der Prämien zieht aber den Kopf von Lukas viel stärker nach unten als den Kopf von Rudolf. Dass Rudolf nun keine grosse Lust hat, mehr zu bezahlen, ist zwar verständlich; wenn Rudolf

aber nicht mehr bezahlen will, dann heisst das ganz einfach, dass Lukas weiterhin viel stärker belastet wird als Rudolf, denn wie es immer wieder heisst, das Geld fällt nicht vom Himmel.

Der Abschlussbericht zu den Massnahmenpaketen I bis III hat ergeben, dass Lukas durch die verschiedenen Massnahmen einer Mehrbelastung von 2.1 Prozent ausgesetzt wurde, Rudolf musste nur 1.2 Prozent mehr aufwenden. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass Lukas immer mehr zum Verlierer des Systems wird und Rudolf, der zwar auch mehr leisten muss, relativ, also im Verhältnis, besser davon kommt.

Nicht nur muss das neue Steuergesetz, das die Balance zu Gunsten von Rudolf verschoben hat, dringend überarbeitet werden, es muss auch bei der Krankenkasse angesetzt werden, die sich zunehmend zu einem immer schwereren Mühlstein um den Hals von Lukas entwickelt. Beim Konsum von herkömmlichen Waren ist es völlig normal und akzeptiert, dass Lukas und Rudolf 8 Prozent an Mehrwertsteuer bezahlen müssen. Beim Konsum von Gesundheitsleistungen hingegen verlangt das gegenwärtige System, dass Rudolf und Lukas jeweils für ihr Fleischkäsbrötli, das 5 Franken kostet, einen Franken abliefern müssen. Mindestens Lukas dürfte das Kopfweh bereiten. ■

**Unterschreiben Sie bitte die Initiative der Freien Liste zu erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien in der Grundversicherung, Lukas braucht Ihre Unterstützung.**

